

9. Nachwort

Eine Pandemie und ein Krieg später

»Naja, das Bordell hat ja zu, also bin ich wieder in der Altenpflege. Die sagen, wir müssen da jetzt immer Masken tragen. Aber geben tun sie uns keine, also muss ich die jetzt selbst nähen.« Ende März 2020 telefonierte ich nach langer Zeit wieder einmal mit Jelena. Ich hatte abermals eine Weile überlegt, ob ich sie überhaupt kontaktieren sollte. Schließlich befanden wir uns in einer globalen Ausnahmesituation, in der Jelena vielleicht Besseres zu tun hatte, als sich mit mir über ihr Leben zu unterhalten. Im Vertrauen darauf, dass Jelena es mir deutlich sagen würde, wenn sie meine Nachfrage störte, schrieb ich ihr dennoch eine Nachricht. Darauf erhielt ich prompt einen Anruf von Jelena, in dem sie mir von ihrer pandemiebedingten Rückkehr in die Vollzeitarbeit in der Pflege erzählte, für einen besonnenen Umgang mit der Situation plädierte und sich v.a. über die mangelnde Unterstützung ihrer Arbeitgeber beschwerte.

Mitte März 2020 wurde in Deutschland der erste Lockdown zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie verhängt. Schon in den Wochen vor dieser staatlichen Intervention konnte ich in sozialen Medien beobachten, dass sexarbeitende Personen diskutierten, ob oder wie sie in Anbetracht einer sich rasant verbreitenden, aber noch weitgehend unbekanntem Infektionskrankheit ihre Arbeit fortführen konnten oder wollten. Diese Diskussionen fanden mit der Einführung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung eine (mehr oder weniger) eindeutige Antwort, denn erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kam es Mitte März 2020 zu einem vollständigen Verbot der Sexarbeit. Sexarbeitende Personen verloren – wie viele andere Menschen in ›körpernahen‹ Berufen – von einem Tag auf den anderen ihre Einkommensgrundlage, bzw. dessen Legalität. Für sexarbeitende Migrant*innen stellte sich zudem die Frage, wie sie sich angesichts der sich unvermittelt schließenden Grenzen verhalten sollten, zumal viele in Deutschland keinen Zugang zu sozialer Absicherung hatten. Jelena ging dieses Problem pragmatisch an und übernahm wieder mehr Arbeitsstunden in der Pflege, in der aufgrund der Pandemie verstärkter Bedarf an Arbeitskräften herrschte. Die Arbeitsbedingungen in diesem als ›systemrelevant‹ eingestuften Arbeitsfeld verbesserten sich während der bzw. durch die Erfahrungen mit der Pandemie jedoch nicht, wie Jelena eindrücklich schilderte.

Nach unserem Gespräch konnte ich noch einige weitere Teilnehmer*innen meiner Forschung erreichen. Deniza z.B. war nach dem Verbot der Sexarbeit und vor dem Schließen der Grenzen nach Bulgarien zurückgekehrt, um, wie ein paar andere Teilnehmer*innen, die Entwicklungen im familiären Umfeld abzuwarten. Dass sie nie geplant hatte, in Deutschland zu bleiben, erwies sich in dieser Situation gewissermaßen als Vorteil, da sie das Land einfach verlassen konnte, ohne lange zu überlegen. Monika hatte schon im Zeitraum der Feldforschung die Arbeit im Stripclub aufgegeben und später eine Ausbildung angefangen, während sie weiter in diversen Neben- und Gelegenheitsjobs arbeitete. Dies ermöglichte ihr auch den Zugang zu Sonderzahlungen, die in der Anfangsphase der Pandemie vom deutschen Staat bzw. den Bundesländern denjenigen zur Verfügung gestellt wurden, die ihr Einkommen verloren hatten.

Andere sexarbeitende Migrant*innen (und auch Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft) konnten jedoch nicht vom Sozialsystem und/oder diversen Sonderzahlungen für Selbstständige in der Pandemie Gebrauch machen. Denn auch dafür waren Unterlagen wie Meldebescheinigungen sowie Arbeits- und Steuernachweise notwendig, über die nicht alle verfügten. Dies traf z.B. auf Radko zu, dem ich im Frühjahr 2021 zufällig im Kurfürstenkiez über den Weg lief. Nach allem, was er mir 2017 und 2018 über seine Lebenspläne erzählt hatte, wollte er 2021 bereits mitten in einer Berufsausbildung stecken. Doch diese Pläne hatten sich nicht erfüllt. So sah er sich dazu gezwungen, weiterhin im Kurfürstenkiez nach Einkommensmöglichkeiten und nach Unterstützung durch diverse soziale Einrichtungen und Initiativen zu suchen. Mehr wollte er während unseres kurzen Aufeinandertreffens nicht erzählen; meinem Eindruck nach war es ihm unangenehm, darüber zu sprechen.

Auf medialer und diskursiver Ebene boten die pandemiebedingten bzw. durch die Pandemie verstärkten Prekaritäten sexarbeitender Personen Anlass für eine (weitere) Moralisierung der Tätigkeit (vgl. Probst/Schnepf 2022). Gerade in den ersten Monaten der Covid-19-Pandemie berichteten zahlreiche Medien über die prekäre Lage sexarbeitender Personen, wobei sie abermals pauschal als Opfer der Pandemie und/oder des Sexgewerbes dargestellt wurden, während Heterogenitäten in der Sexarbeit sowie die strukturellen Hintergründe dieser Prekaritäten wie z.B. ein mangelnder Anschluss an das Sozialsystem weitestgehend ausgeblendet wurden (ebd.: 80Sf). Gleichzeitig beförderte die Pandemie auch den Aufbau niederschwelliger Unterstützungsnetzwerke von und für sexarbeitende Personen sowie das politische Auftreten von Sexarbeitsaktivist*innen im Kampf um die Legalität des Gewerbes. Denn während andere ›körpernahe‹ Tätigkeiten schon bald wieder unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt wurden, blieb Sexarbeit im Jahr 2020 lange komplett verboten. Gegen dieses Verbot formierten sich im Sommer 2020 in Berlin und anderen deutschen Städten Proteste sexarbeitender Menschen und mit ihnen verbündeten Aktivist*innen, die auf die Doppelmoral dieser Sonderbehandlung hinwiesen, sich dabei aber selbst auch moralisierender Diskurse bedienten, indem z.B. die Vereinbarkeit von Sexarbeit mit gängigen Pandemiebestimmungen und Hygienevorschriften betont wurde (ebd.: 82Sf).

Diese Proteste erwiesen sich insofern als erfolgreich, als dass Sexarbeit im Herbst 2020 in Berlin (und anderen Bundesländern) unter bestimmten Voraussetzungen wieder erlaubt wurde (diese Voraussetzungen veränderten sich in den folgenden Monaten – wie

in anderen Arbeitsfeldern auch – immer wieder). Und seit April 2022 kann die Tätigkeit in Berlin abermals ohne jegliche pandemiebedingte Einschränkungen ausgeübt werden.

Dennoch sieht die Berliner Sexarbeitslandschaft inzwischen anders aus, als sie in dieser Arbeit beschrieben wurde. Dies liegt jedoch auch daran, dass bereits vor der Pandemie in Berlin Prozesse ins Rollen gerieten, die zu weitreichenden Veränderungen in der Berliner Sexarbeitslandschaft führten, bzw. auch ohne Pandemie geführt hätten. Im Sommer 2018 nahm die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) Fahrt auf. Außerdem wurde im Herbst 2018 vom Berliner Senat der sogenannte Runde Tisch Sexarbeit einberufen, an dem Vertreter*innen verschiedener Akteur*innengruppen des Feldes u. a. Sexarbeiter*innen, Beratungsstellen, Senatsverwaltung, Polizei und Betreiber*innen, teilnahmen und über die weitere Implementation des ProstSchG und die Verbesserung der Situation sexarbeitender Personen in Berlin berieten. Der Runde Tisch widmete sich u. a. der Frage, wie das Erlaubnisverfahren für Bordelle umgesetzt werden könnte oder sollte, da gerade kleine Wohnungsbordelle in Wohngebieten die Auflagen des ProstSchG nicht erfüllten bzw. nicht erfüllen konnten (Runder Tisch Sexarbeit 2019b). Ebenso wurde ein Maßnahmenpaket für den Straßenstrich im Kurfürstenkiez erarbeitet (Runder Tisch Sexarbeit 2019a). Bevor dieses und weitere Handlungsempfehlungen jedoch (vollständig) umgesetzt werden konnten, brach die Covid-19-Pandemie aus.

Die Zukunft der Berliner Sexarbeitslandschaft erschien (mir) somit bereits direkt nach dem Abschluss meiner Feldforschung äußerst ungewiss. Die Covid-19-Pandemie fungierte in mehrfacher Hinsicht eher als Katalysator und weniger als Grund für diese Veränderungen, deren Effekte noch wissenschaftlich aufgearbeitet werden müssen. Dies war im Rahmen dieses Forschungsprojekts nicht mehr möglich. Festhalten lässt sich jedoch schon jetzt, dass es sich dabei abermals um vielschichtige Veränderungen handelt, denn die Jahre der Pandemie verstärkten nicht nur Prekaritäten in der Sexarbeit. Seit 2020 kam es, angeregt durch die Erfahrungen während der Pandemie, zur Formation verschiedener niedrigschwelliger Unterstützungsinitiativen von und für sexarbeitende Personen sowie im Jahr 2021 zur Gründung der aktuell einzigen Sexarbeitsgewerkschaft Deutschlands in Berlin (als Sektion der Freien Arbeiter*innen Union Berlin, vgl. Sektion Sexarbeit 2022). Diese Gewerkschaft konzipierte u. a. in Kooperation mit dem Schwulen Museum Berlin und der Berlin History App einen Audio-Rundgang zur Geschichte der Sexarbeit im Kurfürstenkiez (und darüber hinaus), der seit Dezember 2022 auf dieser App kostenfrei verfügbar ist (Süddeutsche Zeitung 2022). Damit intervenieren nun auch sexarbeitende Personen selbst in den weiterhin polarisierten Debatten und ungelösten Konflikten rund um den Straßenstrich im Kurfürstenkiez.

Wenngleich sich die konkreten Rahmenbedingungen des in diesem Buch dargestellten Forschungsprojekts also mitunter deutlich verändert haben, bin ich dennoch zu dem Schluss gekommen, dass dieses Buch nicht bloß eine Dokumentation der Berliner Sexarbeitslandschaft in den späten 2010er Jahren darstellt. Denn die sich im Rahmen meiner Forschung entfaltenden Prozesse der Prekarisierung von ›Osteuropäer*innen‹ sind weiterhin wirkmächtig und wurden durch die Pandemie verstärkt bzw. sichtbarer. So erhielten zumindest für einen kurzen Zeitraum die prekären Arbeitsbedingungen ›osteuropäischer‹ Saisonarbeitskräfte mediale Aufmerksamkeit, die die Abhängigkeit, aber auch die Abwertung ›osteuropäischer‹ Arbeitsmigrant*innen in Deutschland deutlich werden

ließ. Inzwischen liegt die dritte pandemische Spargelsaison hinter uns, die abermals nicht ohne migrantische Arbeitskräfte bewältigt werden konnte – eine bessere rechtliche Absicherung für ›osteuropäische‹ Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor gibt es jedoch weiterhin nicht. Während die Pandemie also gezeigt hat, dass die Freizügigkeiten ›Europas‹ keineswegs selbstverständlich sind und bei Bedarf schnell rigiden innereuropäischen Grenzregimen weichen können, hat sie ebenso deutlich gemacht, wie die Prekariisierung ›osteuropäischer‹ Migrant*innen im neoliberalen ›Europa‹, die in dieser Arbeit dokumentiert und analysiert wurde, selbst (oder gerade) angesichts globaler Ausnahmezustände fortgeschrieben wird.

An diesem Punkt wollte ich meine Dissertation, die diesem Buch zugrunde liegt, im Februar 2022 eigentlich beenden. Doch während ich die letzten Korrekturen vornahm, marschierten russische Truppen in die Ukraine ein und begannen einen bis zum aktuellen Zeitpunkt (Dezember 2022) weiterhin andauernden Angriffskrieg.¹

In den ersten Tagen dieses Angriffskriegs überschlugen sich die Ereignisse, wodurch mir eine differenzierte Beurteilung des Geschehens und seiner Auswirkungen nicht möglich war. Ich vermerkte jedoch in der damaligen Version dieses Nachworts, dass einige Kommentator*innen davon sprachen, dass die ›europäische Ordnung‹ mit diesem Angriff ein Ende gefunden hätte. Verändert hat sich seit Februar 2022 einiges in Europa, aber ob wir gerade tatsächlich den Zusammenbruch der ›europäischen Ordnung‹ erleben, werden vermutlich erst Historiker*innen rückblickend umfassend beurteilen können. Denn jetzt, zehn Monate später, tobt dieser Krieg weiter. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, dass zumindest einige Aspekte der in diesem Buch beschriebenen neoliberalen ›europäischen Ordnung‹, die damit einhergehenden Ost-West-Dichotomien und weitere Formen von *Othering* weiterhin wirkmächtig sind.

Diese Aussage mag auf den ersten Blick irritieren, waren die ersten Tage und Wochen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine doch von weitreichenden Solidaritätsbekundungen und der raschen Aufnahme zahlreicher Geflüchteter aus der Ukraine gekennzeichnet. Sehr schnell deutlich wurde dabei aber auch, dass diese Solidarität über weite Strecken v.a. *weißen* (und mutmaßlich christlichen) Menschen aus der Ukraine galt, die innerhalb weniger Tage u.a. ein verlängertes Aufenthaltsrecht und Zugang zu Sozialleistungen erhielten. Schwarze Personen und Personen of Colour, die aus der Ukraine fliehen mussten, erfuhren hingegen häufig rassistische Diskriminierung an Grenzübergängen (und darüber hinaus) und diejenigen unter ihnen ohne ukrainische Staatsbürgerschaft haben mitunter bis heute mit rechtlichen Hindernissen und Grauzonen zu kämpfen (vgl. Medizinethnologie 2022).

Auch die Stereotypisierung ›osteuropäischer‹ bzw. in diesem Fall spezifisch ukrainischer Frauen als hilflose Opfer fand eine weitere Iteration in den bald nach dem Beginn

1 Wobei nicht zu vergessen ist, dass Russland bereits seit 2014 einen Krieg in der bzw. gegen die Ukraine führt, der bis zu den Ereignissen des Jahres 2022 in der deutschen Öffentlichkeit jedoch wenig Aufmerksamkeit erfuhr. Es handelt sich bei dem Angriff Russlands im Februar 2022 also vielmehr um die Eskalation eines bestehenden Kriegs als um den Ausbruch eines neuen Kriegs. Die folgenden Ausführungen unter dem Begriff ›Angriffskrieg‹ beziehen sich allerdings nur auf das Kriegsgeschehen des Jahres 2022.

des Angriffskriegs aufkeimenden medialen Berichten über die Befürchtungen eines zunehmenden Menschenhandels von Frauen aus der Ukraine. Derartige Sorgen sind nicht unberechtigt. Denn Krieg und Flucht befördern und erzeugen verschiedene Vulnerabilitäten und Möglichkeiten ihrer Ausnutzung. Insofern sprachen sich zahlreiche Institutionen, Initiativen und Medien für eine umfassende Aufklärung gefährdeter Personen und entsprechende Schutzmaßnahmen vonseiten der Behörden u. a. aus (vgl. Cockbain/Sidebottom 2022, Hoff/de Volder 2022).

Gerade die mediale Berichterstattung, aber auch die mitunter unstrukturierten Informationskampagnen vor Ort waren jedoch – wie auch andere Menschenhandelspaniken – von zum Teil übertriebenen und sensationalisierten Darstellungen gekennzeichnet, die abermals das breite Feld der (potenziellen) Ausbeutung von Notlagen auf sexuelle Ausbeutung und Gewalt reduzierten. So stellte auch der Bundesweite Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. (KOK) in einem ersten Bericht über Menschenhandel im Kontext des Ukrainekriegs (KOK 2022) fest, dass gerade in dessen Anfangsphase die Menschenhandelsprävention zugunsten skandalisierender Berichte in den Hintergrund gerückt wurde:

»Insbesondere in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch häuften sich Warnungen, dass sich hilfebedürftige Geflüchtete aus der Ukraine vor Menschenhändlern und Kriminellen in Acht nehmen sollten und größte Gefahr bestünde, dass geflüchtete Frauen am Bahnhof eingesammelt und unmittelbar in die Zwangsprostitution gedrängt würden. Im Zuge dessen wurde Menschenhandel fast ausschließlich mit der sexuellen Ausbeutung von weißen, jungen und hilfebedürftigen Frauen in Verbindung gebracht. Diese Stereotypisierung und Stigmatisierung führte zu einer medialen Konstruktion von ukrainischen Frauen als sexualisierte Objekte und reduzierte sie auf eine potenzielle Opferrolle. Dabei stand weniger die Vermittlung von neutraler und sachgerechter Information zu Zwecken der Prävention im Vordergrund, sondern effekthaschende Berichterstattungen.« (Ebd.: 22)

Dass die Eskalation des Kriegs in der Ukraine in Deutschland also nicht bloß zu verstärkten (und durchaus differenzierten) Debatten über ›Osteuropa(-politik), sondern auch zu einem vermehrten und deutlicheren Aufkommen von ›Osteuropa‹-Stereotypen beitrug, zeigte sich auch an anderen Stellen. Gerade in den ersten Monaten des Angriffskriegs berichteten Medien von Angriffen auf ›russische‹ Restaurants u. Ä. in Berlin (vgl. Cossé/Funke 2022). Umgekehrt wurden auf alltäglicher wie politischer Ebene ebenso schnell Stimmen laut, die sich gegen harte Sanktionen und für einen Friedensschluss mit Russland aussprachen, dabei aber bewusst oder unbewusst die Souveränität der Ukraine in Frage stellten (vgl. Spiegel 2022). Die konfliktiven Verhandlungen des Umgangs mit dem Kriegsgeschehen machten damit auch die Widersprüche deutscher ›Osteuropa‹-Stereotype und die ambivalente Position Russlands in ihnen sichtbar. Denn während der Krieg in der Ukraine für manche in Deutschland anscheinend einen Anlass darstellte, internalisierten Abneigungen gegenüber ›Russ*innen‹ Ausdruck zu verschaffen, perpetuierten andere die Vorstellung von Deutschland und Russland als zwei ›europäische‹ Großmächte, die über das Schicksal der Länder ›dazwischen‹ entscheiden. Diesen verschiedenen Ausdrücken der Stereotypisierung entgegen haben allerdings auch Kritiken am Verhältnis Deutschlands zu ›Osteuropa‹ und den damit einhergehenden Diskriminie-

rungen sowie Auseinandersetzungen mit den Erfahrungen von PostOst-Communities, d.h. in Deutschland lebende Menschen aus ›Osteuropa‹ bzw. Menschen mit ›osteuropäischer‹ und/oder postsowjetischer Familiengeschichte, verstärkt Eingang in öffentliche Debatten gefunden (vgl. Schulz 2022, Zingher 2022).

Dass gerade Deutschland bzw. seine Regierung sich – auch wegen der weitreichenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland – in der Anfangsphase des Kriegs nur langsam zu eindeutigen Positionierungen und der Unterstützung gemeinsamer Aktionen bzw. Sanktionen der EU durchringen konnte, sorgte gerade in den östlichen EU-Staaten für Verärgerung. Inwiefern sich damit einhergehend Verschiebungen von Allianzen und Machtverhältnissen innerhalb der EU ergeben (könnten), ist noch zu analysieren. Im Hinblick auf die in diesem Buch dargestellte Bedeutung Deutschlands als Raum der Verortung mobiler Orientierungen ergibt sich jedoch auch die Frage, ob oder inwiefern sich aus dieser Zögerlichkeit auch Konsequenzen für Subjektivierungsprozesse und (angestrebte) Mobilitäten von Menschen aus ›osteuropäischen‹ Ländern ergeben.

In Deutschland begann der anfänglich breite gesellschaftliche Enthusiasmus für die Unterstützung geflüchteter (weißer) Ukrainer*innen schließlich auch schnell zu schwinden, als sich abzuzeichnen begann, dass die Kriegshandlungen nicht bald wieder abklingen und geflüchtete Personen Deutschland nicht (unbedingt) bald wieder verlassen würden. Steigende Energiekosten trugen dazu bei, dass in der Zivilgesellschaft und Politik der Unmut wuchs über einen Krieg, dessen Begleiterscheinungen nun unmittelbare Auswirkungen auf das Leben in Deutschland hatten. Und nur etwas mehr als ein halbes Jahr nach dem Ausbruch des Angriffskriegs bezeichnete der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz die Fluchtbewegungen von Ukrainer*innen nach Deutschland bereits als »Sozialtourismus« (Zeit Online 2022) – eine Formulierung, die sich direkt in die stereotypen Narrative über die ›Armutsmigration aus Osteuropa‹ einreihen lässt.

Im November 2022 waren die vielen blau-gelben Schilder an verschiedenen deutschen Bahnhöfen, die im Frühjahr 2022 aus der Ukraine ankommenden Menschen auf deutsch, englisch, ukrainisch und russisch erklärten, wo Bahntickets, Unterkünfte o.Ä. gefunden werden konnten, bereits auch größtenteils verschwunden oder Schildern gewichen, die stattdessen erklärten, wie und wo in Deutschland Jobs zu finden waren. Mit dem Beginn der Adventszeit flammte breiteres gesellschaftliches Mitgefühl für Menschen in und aus der Ukraine in Deutschland zwar kurzfristig wieder auf; es wurden Spenden gesammelt und ukrainische Produkte zu Weihnachten verschenkt. Doch die Verschiebung des Diskurses über ukrainische Geflüchtete hat bereits begonnen. Und wenn die ersten Strom- und Gasrechnungen des neuen Jahres anstehen, die aufgrund der drastischen Preissteigerungen für viele Menschen in Deutschland eine finanzielle Belastung darstellen werden, wird kritisch zu betrachten sein, wie politisch auf diese Umstände reagiert wird. Ich persönlich befürchte, dass die Abwertung ›Osteuropas‹ dabei einen zentralen Stellenwert einnehmen wird – und hoffe, dass ich bis zum Erscheinen dieses Buches eines Besseren belehrt werde.

Berlin, Dezember 2022